

Finanzgericht Berlin
Der Personalrat
Der Richterrat

Berlin, den 9. Juli 2001

Herrn

Regierenden Bürgermeister

**EILT! EILT! BITTE SOFORT
VORLEGEN!**

von Berlin

Dr. Klaus Wowereit

Betr.: Verhandlungen über einen Staatsvertrag zur
Zusammenlegung der Obergerichte der Länder
Brandenburg und Berlin

Anl.: - 1 -

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

dem Vernehmen nach findet morgen ein Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Ministerpräsidenten Stolpe statt, bei dem das oben genannte Thema auf der Tagesordnung steht.

Ergänzend zu dem in der Anlage beigefügten "offenen" Brief möchten wir Ihnen mitteilen, daß der angestrebte Umzug des Finanzgerichts Berlin nach Cottbus nach überschlägiger Schätzung auch wegen des erforderlichen Anbaus an dem vorgesehenen Gebäude in Cottbus ca. 30 MIO DM kosten würde. Dies erscheint angesichts der Haushaltslage Berlins und Brandenburg unvertretbar.


Wir appellieren an Sie, die Interessen der Rechtsschutz suchenden Berliner Bürgerinnen und Bürger nicht lediglich aus strukturpolitischen Erwägungen Brandenburgs heraus zu opfern. Nicht nur in Kindergeldfällen und KfZ-steuerfällen, sondern auch in einer Vielzahl der hier anhängigen Lohnsteuerfälle mit niedrigen Streitwerten wird der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger durch eine derartige Verlegung des Finanzgerichts unzumutbar beeinträchtigt.

Als wahrer Grund erscheint für den Umzug, daß Cottbus der Wahlkreis von Herrn Ministerpräsidenten Stolpe ist.

Hochachtungsvoll


Pawlik


Beck


Grube